

In diesem Newsletter finden Sie:

- » Aktuelles aus Straßburg
- » Aktuelles aus dem Rat
- » Aktuelles aus den Ausschüssen
- » Aktuelles aus den Delegationen
- » Aktuelles aus dem Wahlkreis
- » Termine - Rückschau
- » Termine - Vorausschau
- » Aus dem "EU-Jargon"
- » Kontakt & Impressum

Aktuelles aus Straßburg

Economic Governance (Six-Pack)

Am 28. September verabschiedete das Europäische Parlament das Maßnahmenpaket zur Economic Governance, auch "Six-Pack" genannt. Das Parlament konnte sich mit seiner Kernforderung durchsetzen, dass Sanktionen bei Haushaltsdefiziten der Mitgliedstaaten weitgehend automatisch greifen. Sanktionen können demnach nur dann verhindert

werden, wenn eine einfache Mehrheit der Mitgliedstaaten *dagegen* stimmt - der Rat wollte, dass *einzelne* Staaten weiterhin Sanktionen blockieren können.

Was bedeutet Six-Pack?

Das Europäische Parlament schlug insgesamt sechs Maßnahmenpakete vor, die die europäische Wirtschaftsordnung reformieren sollen. Vier davon beschäftigen sich mit der Stärkung des Wirtschafts- und Wachstumspakts der EU und der Überwachung der nationalen Haushalte. Die zwei weiteren Pakete zielen auf die unausgewogenen Handelsbilanzen innerhalb der EU ab. Mehr [Infos...](#)

Des weiteren erstritt sich das Parlament die Möglichkeit, Finanzminister von Ländern, die eine Verwarnung bzw. einen Aufruf zur Korrektur ihres Haushalts seitens der Kommission erhalten haben, zu einer Anhörung im Parlament einzuladen. Überdies soll die Kommission zukünftig nicht nur Länder mit Handelsbilanzdefiziten sondern auch mit *-überschüssen* unter die Lupe nehmen.

Letzteres zielt v.a. auf Staaten wie Deutschland und die Niederlande ab, die womöglich aufgrund ihres Handelsbilanzüberschusses mit ein Grund für wirtschaftliche Ungleichgewichte und dadurch Instabilität sein könnten.

Die Abstimmung fiel relativ knapp aus, da sich ein Bündnis aus Sozialisten und Grünen geformt hatte die sich teils enthielten, teils gegen die Vorschläge stimmten – sich aber nicht durchsetzen konnten. SPD und Grünen blieb es damit verwehrt, zu Ende zu bringen, womit Gerhard Schröder 2003 angefangen hatte: der Aufweichung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, die zur Gefahr für die Stabilität der öffentlichen Finanzen in Europa wurde. Heute wollen gerade diese Parteien von den Fehlern der Vergangenheit nichts mehr wissen. Statt endlich entschieden gegen Staatsschulden vorzugehen sympathisieren sie mit Defizitsündern.

Kommissionspräsident Barroso äußert sich zum "State of the Union"

Mit Spannung war die Rede Manuel Barrosos am 28. September erwartet worden. Was der Präsident der Europäischen Kommission lieferte, war eine Rede, in der er versuchte, die Stärken der EU herauszustellen, aber auch unverklärt die Herausforderungen, vor denen wir gerade stehen, anzusprechen.

Editorial



Liebe Leserinnen und Leser,

Mitgliedstaaten mit zu großen Haushaltsdefiziten werden in Zukunft mit automatischen Sanktionen rechnen müssen, wenn sie ihre Hausaufgaben nicht machen. Das ist das Ergebnis langwieriger Verhandlungen zwischen Europäischem Parlament, Rat und der Kommission, bei dem sich das Parlament mit seiner Position, mehr Automatismus walten zu lassen, durchsetzen konnte.

Des weiteren hielt Präsident Barroso seine zweite Rede zur Lage der Europäischen Union - die sieht angesichts der andauernden Krise nicht rosig aus, doch Barroso bescheinigt der EU die Fähigkeit dazu - wobei es nicht ohne politischen Willen und Führung zu schaffen sein wird.

Bulgarien und Rumänien werden auch weiterhin nicht im Schengen-Raum vertreten sein - während Kroatien weiter auf sicherem Wege seiner EU-Mitgliedschaft entgegensteuert.

Viel Spaß bei der Lektüre dieser und weiterer Themen.

Nadja Hirsch

Newsletter aus Europa No. 23 (September II 2011)

Das umfassende Thema seiner Rede war die Krisensituation der EU, die sich auf finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Ebene abspielt - aber nicht zuletzt auch eine Vertrauenskrise ist (Beispiel Euro und verstärkte Grenzkontrollen). Neben mehr Stabilität und Wachstum forderte er deshalb politischen Willen und Führung („Leadership“), um die Krise zu bewältigen. Eine klare Absage erteilte er an das bisher noch viel zu starke Modell der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit (im Gegensatz zum gemeinschaftlichen Ansatz - von der Presse als Hieb gegen Deutschland und Frankreich gewertet), das die Krise durch Renationalisierung und Teilung verschärfen und nicht lösen könne.

Das Thema Griechenland und die Wirtschaftskrise sowie entsprechende Lösungsvorschläge der Kommission nahmen wohl den größten Platz ein, worauf hier näher eingegangen werden soll. Neben einer schnellen

Hintergrund: Zur Lage der Nation

Die Rede zur Lage der Europäischen Union ist der jährlichen Ansprache des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika nachempfunden. 1790 klärte George Washington seine Nation zum ersten Mal über die allgemeine Lage und seine legislativen Vorhaben auf. Was als Kommunikation zwischen Präsident und Kongress seinen Anfang nahm, wurde dank des Radios bald zu einer Rede, die an das amerikanische Volk gerichtet war. Seine Grundlage findet diese Ansprache in der amerikanischen Verfassung, in der der Präsident dazu aufgefordert wird, den Kongress von Zeit zu Zeit über die Lage der Nation zu informieren und Maßnahmen zu empfehlen. In der EU gibt es diese Ansprache seit 2010. Sie ist auch im Vertrag von Lissabon festgehalten.

Ratifizierung der EFSF (dazu stimmte am Donnerstag auch der Bundestag ab) sprach Barroso von einer Vertiefung der wirtschaftlichen

Koordination und Integration und begrüßte die durch den "Six Pack" zu erwartenden Reformen. Er erhob dabei den Anspruch, dass die Kommission diese Wirtschaftsregierung der Gemeinschaft sein könne - wodurch folglich keine weiteren Institutionen gebraucht würden. Des weiteren schlug der bekannte Verfechter dieser Instrumente einerseits die Möglichkeit vor, Schuldtitel gemeinsam zu emittieren - kurz "Eurobonds" (bzw. nach Barroso: "Stabilitäts-Anleihen"). Andererseits soll der Finanzsektor durch eine Finanztransaktionssteuer zur Verantwortung gezogen werden.

Neben einem Rückblick und einer Vorausschau auf die Aktivitäten der Kommission gelang es Barroso, seine Vision eines Europa darzustellen, das noch stärker als bisher zusammenarbeitet und das sich auf internationalem Parkett - und hier bezog er sich mehr oder weniger

indirekt auf Kritik aus den USA - nicht für seine Errungenschaften, wie der Bekenntnis zu Demokratie und der sozialen Marktwirtschaft, zu entschuldigen hat. Ob den schönen Worten nun auch Taten folgen - das sei an dieser Stelle gesagt - hängt aber nicht allein von der Europäischen Kommission ab, sondern insbesondere vom Willen der Mitgliedstaaten, die für die Umsetzung von Maßnahmen zuständig sind. An uns Parlamentariern liegt es, diese Umsetzung einzufordern.

Link zur [Rede des Kommissionspräsidenten](#).



"Wir leben heute miteinander, wie es nie zuvor möglich war. Wir Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union sind zu unserem Glück vereint." (Barroso zitiert aus der Berlin Erklärung) (Bild: EU-Kommission)

Aktuelles aus dem Rat

Schengen-Beitritt von Rumänien und Bulgarien im Rat blockiert

Die Niederlande und Finnland haben letzte Woche den Beitritt Rumäniens und Bulgariens zum Schengenraum erneut blockiert. Dadurch bleibt den Bürgern dieser Länder, die zwar EU-Mitgliedstaaten sind, weiterhin die volle Freizügigkeit verwehrt, obwohl ihnen zuvor positive Evaluierungsergebnisse ausgestellt worden waren, was beispielsweise die technische Absicherung der Grenzen angeht.

Noch immer haben Rumänien und Bulgarien Probleme bei der Korruptionsbekämpfung. Dies ist aber *kein* Kriterium für einen Beitritt zum Schengenraum (wohl aber für einen EU-Beitritt), bei dem es darum geht, ob ein Land technisch zur Absicherung der Grenzen in der Lage ist bzw. die Kapazitäten dafür hat. Und das ist bei Bulgarien und Rumänien der Fall - auch wenn argumentiert wird, dass nicht davon ausgegangen werden kann, dass die Grenzen sicher sind, wenn Justiz und Polizei korrupt sind. Somit ist es falsch, diesen Ländern

Newsletter aus Europa No. 23 (September II 2011)

den Beitritt zum Schengenraum verwehren. Denn sie sind in vielerlei Hinsicht sogar besser darauf vorbereitet, als dies bei manch einem Schengen-Mitglied der Fall ist.

Fakt ist, dass man schon beim EU-Betritt Rumäniens und Bulgariens besser auf die Einhaltung der Kriterien, einschließlich der Korruptionsbekämpfung, hätte achten müssen. Das hat vor allem Kroatien zu spüren bekommen, dessen Beitritt immer wieder hinausgezögert wurde und das heute oft als das "bestvorbereitetste Land" für einen EU-Beitritt bezeichnet wird.

Was die Zukunft des Schengen-Raums angeht, so hat die Kommission vor kurzem mehrere Reformvorschläge vorgelegt. Es wird nun an uns liegen, darauf zu achten, dass Kriterien, wie beispielsweise die Korruptionsbekämpfung, auch bei der Schengenerweiterung in Zukunft besser berücksichtigt werden.

Aktuelles aus den Ausschüssen

Vorankündigung: Veranstaltung zum Thema Menschenhandel bzw. Ausbeutung von Arbeitern

Der 18. Oktober markiert den Europäischen Tag gegen den Menschenhandel. Aus diesem Anlass organisiere ich zusammen mit CCME (Churches' Commission for Migrants in Europe) und deren europäischen Partnern eine Veranstaltung dazu, wie Opfer von Menschenhandel und Ausbeutung identifiziert werden können und wie mit ihnen umgegangen wird. Denn was manch einem nicht bewusst ist: Diese moderne Form der Sklaverei ist auch in Europa ansässig und ein florierender Geschäftszweig des organisierten Verbrechens. Wir wollen gemeinsam über die Herausforderungen in diesem Bereich sprechen und darüber, was Politik und Gesellschaft dagegen tun können. Im Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres bin ich zu diesem Thema [Schattenberichterstatterin](#) der Liberalen. Derzeit hängen die Verhandlungen zu diesem Thema im [Trilogverfahren](#) fest.

Vorankündigung: Veranstaltung zur Rolle der Werbung bei Innovation und Wachstum

Am 19. Oktober werde ich Schirmherrin einer Veranstaltung im Europäischen Parlament zum Thema "The role of advertising in driving innovation and growth" sein. Mit Vertretern aus der Medien- und Werbebranche sowie der Politik werden wir über die Bedeutung der Werbung für Zeitungen, Fernsehen, Radio, Internet, die Wirtschaft und Verbraucher sprechen. Die Werbebranche selbst ist ein wichtiger Arbeitgeber in der Europäischen Union und Motor für Innovation und Kreativität. Zahlen der Europäischen Kommission zeigen, dass im Jahr 2006 rund 210.000 Unternehmen in der EU im Bereich der Werbung tätig waren. Diese beschäftigten 882.000 Menschen und 38,6 Mrd Euro an Wertschöpfung einbrachten. Als Mediensprecherin der FDP im Europäischen Parlament ist Werbung ein wichtiges Thema. Schließlich finanziert sich beispielsweise die Zeitungsbranche mit knapp 50 Prozent aus Werbung.

Besuch des DAAD im Europäischen Parlament

Im Rahmen eines Informations- und Fortbildungsseminars besuchte mich am 14. Juli eine Gruppe deutscher Hochschulvertreter in Brüssel. Zweck des Seminars war es, mehr über die EU-Bildungszusammenarbeit in Erfahrung zu bringen. In einem gemeinsamen Gespräch konnten wir uns zu diesem Thema und der Arbeit der Abgeordneten im Europäischen Parlament allgemein austauschen. Neben einem Besuch des Parlaments standen auch Termine mit der EU-Kommission, der Ständigen Vertretung Deutschlands und dem hiesigen DAAD Büro an, mit dem ich in Brüssel eng zusammenarbeite.



Aktuelles aus den Delegationen

Kroatien erhält Beitrittsvertrag

Am 17. September überreichte der polnische Ratspräsident Donald Tusk den Beitrittsvertrag an die kroatische Premierministerin, Jadranka Kosor. Kroatien hatte sich 2003 für die Mitgliedschaft in der EU beworben. Die Verhandlungen konnten unter ungarischer Ratspräsidentschaft Ende Juni 2011 abgeschlossen werden. Die Unterzeichnung des Beitrittsvertrags ist für Ende dieses Jahres angesetzt. Zuvor stehen Anfang Dezember noch Wahlen in Kroatien an. Danach muss der Vertrag in allen 27 Mitgliedstaaten der EU sowie Kroatien selbst unterzeichnet werden. In Kroatien steht zudem noch ein Referendum über den Beitritt aus, mit dem im Frühjahr 2012 gerechnet wird.

Aktuelles aus dem Wahlkreis

Im Rahmen der Erarbeitung eines neuen Grundsatzprogramms für die FDP wurden Foren eingerichtet, die sich der Bearbeitung der wichtigsten Themen in der Zukunft widmen sollten. In München wurden am 16. September die Arbeit und die zentralen Ergebnisse des Programmforums "Demographie und Integration" vor rund 50 interessierten Gästen vorgestellt.

Als bildungs- und integrationspolitische Sprecherin der FDP im EP beschäftigt mich dieses Themenspektrum bei meiner täglichen Arbeit, weshalb ich gebeten wurde, den Aspekt des Fachkräftemangels und Lösungsansätze aus europäischer Sicht darzustellen.



Der schon jetzt in einigen Berufsfeldern sichtbar werdende Fachkräftemangel wird sich durch den demographischen Wandel verstärken - daran besteht heute kein Zweifel mehr. Gleichzeitig gibt es in Deutschland lebende Fachkräfte, deren ausländische Abschlüsse nicht oder nur durch langen bürokratischen Aufwand anerkannt werden. An einer besser funktionierenden Anerkennung arbeiten wir auf europäischer Ebene.

Ein weiteres Beispiel war die zum 1. Mai 2011 eingeführte Arbeitnehmerfreizügigkeit. Im Vorfeld der Einführung wurde geschrieben, dass Deutschland von einer Schwemme ausländischer Arbeitnehmer überrollt würde, die noch dazu die Arbeitslöhne kaputt machen. Nach fast einem halben Jahr der Arbeitnehmerfreizügigkeit weiß man heute, dass nichts davon eingetreten ist. Hingegen ist es so, dass die Fachkräfte, die Deutschland teilweise dringend benötigt, bereits 2004 in die Länder gegangen sind, die schon damals die Chancen in der Freizügigkeit sahen - Länder wie Großbritannien, Irland und Schweden.

Derzeit verhandelt das Parlament zwei neue Richtlinien, die Saisonarbeitern und Hochqualifizierten aus Drittstaaten den Zugang zur EU ermöglichen sollen. Einigkeit stellt sich auch mit anderen Referenten heraus, wie mit Dr. Wuttke, dem Abteilungsleiter "Arbeitsmarkt" der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände BDA. Die Blue Card wurde bisher in Deutschland noch nicht umgesetzt. Allerdings sollte das Ziel der Bundesregierung sein, diesen Vorstoß mit einem Punktesystem zu kombinieren. Von Ländern wie USA, Kanada, aber auch Großbritannien können wir lernen und ein am Arbeitsmarkt ausgerichtetes Punktesystem für Deutschland etablieren. So könnte Deutschland beginnen, seine Quote von hochqualifizierten Einwanderern von 10% an die der USA mit 55% anzunähern.

Termine - Rückschau*

16. Sept.	Veranstaltung des Programmforums Demographie und Integration	München
17. Sept.	Anstich auf der Wies'n	München
20. Sept.	Debatte des European Internet Forum zu "ICT and Sustainable Development"	Brüssel
21. Sept.	Pressefrühstück mit der BDA zum Thema konzerninterne Entsendung	Brüssel
21. Sept.	Vortragsveranstaltung "Die EU vor neuen Herausforderungen"	Brüssel
22. Sept.	Dinner mit liberalen Justizministern aus der EU	Brüssel

Termine - Vorausschau*

30. Sept.	Gespräch mit dem Vorstand des Süddeutschen Verlags zur Medienpolitik	München
03.-05. Okt.	Hans Peter Vollmann als Hospitant der Wirtschaftsunioren im Wahlkreis	München
06. Okt.	Netzpolitisches Frühstück des Verbands der deutschen Internetwirtschaft	Brüssel
06. Okt.	Veranstaltung mit der Auslandsgruppe der FDP zum Thema Sozialpolitik	Brüssel
11. Okt.	Treffen des Joint Parliamentary Committee EU-Kroatien	Brüssel
11. Okt.	Business Lunch mit Vertretern der Bayerischen Wirtschaft	Brüssel
11. Okt.	Eröffnung des Oktoberfests in Brüssel	Brüssel
12. Okt.	Gemeinsames Treffen der FDP im EP mit dem Generalsekretär des Rates, Uwe Corsepius	Brüssel
14. Okt.	Gespräch mit Vertretern der Abteilung Medien im Wirtschaftsbeirat der Union Bayern	München
14. Okt.	Treffen mit Vertretern des Landesvorstand der Jungen Liberalen Bayern zu programmatischen Gesprächen	München
14. Okt.	Programmatische Stadthauptversammlung des Stadtverbandes München	München
18. Okt.	Veranstaltung mit CCME zum Menschenhandel	Brüssel
18. Okt.	12. Brüssler Mediengespräch in der Landesvertretung Rheinland-Pfalz	Brüssel
19. Okt.	Veranstaltung mit Medienunternehmen zur Rolle der Werbung	Brüssel
20. Okt.	Öffentliche Anhörung zum Thema Asyl und Neuansiedlung	Brüssel
23.-25. Okt.	Besuchergruppe aus dem Wahlkreis zu Besuch in Straßburg	Straßburg

**Dies ist nur eine Auswahl von Terminen*

Aus dem "EU-Jargon"

Das Parlamentarium

Ein bisschen Parlament zum Mitmachen und Mitreden - ein bisschen Aquarium zum Reinschauen und Staunen. So präsentiert sich das neue Besucherzentrum des Europaparlaments: das *Parlamentarium*. Am 14. Oktober eröffnete es seine Pforten und von nun an sieben Tage in der Woche zugänglich sein. Auch interaktiv geht es zu: Eine Multimedia-Tour nimmt mit in die spannende Welt der Europapolitik. Der Sprachenreichtum Europas wird hier nicht zum babylonischen Chaos. Wie im echten Parlament haben Übersetzer dafür gesorgt, dass alle Informationen in 23 Sprachen zugänglich sind. Schüler zwischen 14 und 16 Jahren können außerdem für einen Tag in die Rolle eines Europaabgeordneten schlüpfen, für Kinder gibt es eigene Führungen, die etwa eine Stunde dauern. Das Parlamentarium wird das größte Besucherzentrum eines Parlaments in Europa sein. Bis zu 630 Personen können gleichzeitig auf Entdeckungsreise gehen. Pro Jahr wird mit bis zu 400 000 Besuchern gerechnet. Lediglich an Weihnachten/Sylvester, am 1. Mai und 1. November ist das Besucherzentrum geschlossen. Der Eintritt ist frei. Mehr Informationen gibt es [hier](#).



Kontakt & Impressum

Kontakt - Europa & Impressum

Nadja Hirsch, MdEP
60, rue Wiertz, ASP 10G158
B-1047 Brüssel, Belgien
Tel.: +32 2 28 45573
nadja.hirsch@europarl.europa.eu
www.europahirsch.eu

EMPL-Ausschuss: Ruth Steinhoff
LIBE-Ausschuss: Tobias Franke
CULT-Ausschuss: Nina Elzer
Presse & Öffentlichkeit: Nina Elzer

V.i.S.d.P. Nadja Hirsch, MdEP

Diesen Newsletter können Sie jederzeit abbestellen mit kurzer E-Mail an nina.elzer@europarl.europa.eu

Kontakt - Wahlkreis

Europabüro München
Kontaktperson: Claudia Kunze
Rindermarkt 6, D-80331 München
Tel.: +49-89-126009-22
Fax: +49-89-126009-30

Europabüro Nürnberg
Hallplatz 15-19
D- 90402 Nürnberg

wahlkreis@europahirsch.eu
www.europahirsch.eu